

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula

Fehr, Helmut, Eliten und zivile Gesellschaft: Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa: Wiesbaden, 2014

Datum der Zweitveröffentlichung: 09.02.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Rezension

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-582551

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Fehr, Helmut, Eliten und zivile Gesellschaft: Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa: Wiesbaden, 2014. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft. 9 (2015), Nr. 3, S. 227-230. DOI: 10.1007/s12286-015-0253-x.

Verlagshinweis

This version of the article has been accepted for publication, after peer review (when applicable) and is subject to Springer Nature's AM terms of use, but is not the Version of Record and does not reflect post-acceptance improvements, or any corrections. The Version of Record is available online at: <https://doi.org/10.1007/s12286-015-0253-x>.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Fehr, Helmut. 2014. Eliten und zivile Gesellschaft. Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa. Wiesbaden: Springer VS. 463 S., € 69,99.

Ursula Hoffmann-Lange

Helmut Fehr ist ein ausgewiesener Kenner der politischen Transformationsprozesse in den postkommunistischen Ländern. Er befasst sich im vorliegenden Werk mit Legitimitätskonflikten in Ostmitteleuropa am Beispiel der historischen Entwicklungen seit 1989/1990 in Polen, Tschechien und der ehemaligen DDR. Dabei stützt er sich auf die Auswertung von Dokumenten sowie auf Interviews mit insgesamt 80 Angehörigen der ehemals kommunistischen sowie der neuen politischen Elitegruppen.

Das umfangreiche Buch ist in vier Teile und ein Schlusskapitel gegliedert. Teil I befasst sich mit den Umbrüchen in Ostmitteleuropa, wobei auch die historischen Vorläufer wie der Prager Frühling von 1968 und die Gründung von *Solidarność* in Polen 1980 einbezogen werden. Teil II behandelt die Elitenentwicklung, Teil III zivilgesellschaftliche Organisationen, vor allem Medien und Verbände, und Teil IV schließlich verschiedene Bürgerbewegungen.

Zum besseren Verständnis des Charakters des Werkes ist anzumerken, dass der Verfasser eine sehr kritische Sicht auf die Entwicklungen insbesondere in Tschechien und Polen hat und zu außerordentlich pessimistischen Schlussfolgerungen gelangt. Das ganze Buch ist mit negativen Wertungen durchzogen. Im Hinblick auf die meisten der behandelten Aspekte konstatiert der Verfasser, dass nach einer anfänglichen Aufbruchphase starke Rückschritte im Demokratisierungsprozess bis hin zu einer „Erosion der Demokratie“ (S. 187) zu beobachten sind, die er vor allem an der starken Polarisierung der heutigen *Konfrontationseliten* und dem Niedergang einer partizipationsorientierten Kultur festmacht.

Die Lektüre des Buches ist für jemanden, der wissenschaftliches Arbeiten als empirische Überprüfung theoretischer Annahmen nach nachvollziehbaren Kriterien

Prof. Dr. U. Hoffmann-Lange
Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Universität Bamberg,
Feldkirchenstraße 21,
D-96045 Bamberg, Deutschland
E-Mail: ursula.hoffmann-lange@uni-bamberg.de

versteht, nicht gerade einfach. Denn zum einen berücksichtigt das Buch eine Fülle von Aspekten, die auch im Rahmen einer größeren Untersuchung zwangsläufig nur kursorisch behandelt werden können. Zum anderen kommt die sachliche Darstellung historischer und politischer Entwicklungen gegenüber ihrer Bewertung zu kurz. Hiervon ist lediglich der erste Teil ausgenommen, der durch die Einbeziehung historischer Entwicklungen die Vorgeschichte und die Stationen des gesellschaftlich-politischen Umbruchs in den drei Ländern kompakt und verständlich schildert.

Der Verfasser setzt sich in seinen methodischen Vorüberlegungen explizit von der bisherigen Elitenforschung ab, die er für unzulänglich hält, da der „positionsanalytische Ansatz die politischen Wertorientierungen, kulturellen Stile und Milieubedingungen nicht erfassen kann“ (S. 7). Wie auch an anderer Stelle wird diese pauschale Methodenkritik nicht näher begründet. Dabei ließe sich die Kritik am Positionsansatz im vorliegenden Fall sehr leicht damit untermauern, dass dieser in politischen Umbruchszeiten an seine Grenzen stößt, da er von stabilen organisatorischen Strukturen ausgeht, in denen sich Eliten als Inhaber von Führungspositionen innerhalb fester Hierarchien bestimmen lassen. Umbruchszeiten zeichnen sich gerade dadurch aus, dass alte Hierarchien zusammenbrechen und neue entstehen. Weiterhin kann man auch der Kritik des Verfassers an der modernisierungstheoretischen Annahme, die Wandlungsprozesse in den postkommunistischen Gesellschaften würden quasi automatisch in eine marktwirtschaftliche liberale Demokratie münden, durchaus zustimmen. Umgekehrt wird jedoch das eigene theoretische und methodische Vorgehen nur sehr unzulänglich erläutert. Zur Fallauswahl der befragten Gesprächspartner erfährt man beispielsweise lediglich, dass diese hypothesen- und theoriegeleitet erfolgte (S. 7).

Zum Teil II des Bandes, der die Transformation der Eliten behandelt, ist anzumerken, dass der Verfasser sich dabei nicht auf empirische Daten über Kontinuität und Wandel der politischen Eliten stützt, sondern auf Basis der eigenen Interviews das Selbstverständnis der Befragten und ihr Verhältnis zu deren politischen Opponenten zu rekonstruieren versucht. Diese Beschränkung ist bedauerlich, da sie dem Informationsbedürfnis der Leser nur unzureichend Rechnung trägt. Zudem ist eine einigermaßen repräsentative Darstellung der Orientierungen der alten und neuen Eliten auf der Basis der insgesamt kleinen Zahl von Interviews nur bedingt möglich. So erfährt man über die Eliten in den neuen Bundesländern lediglich, dass die Pragmatiker der Linken (Beispiel Gysi) auch von konkurrierenden Akteuren akzeptiert werden, was mit den emotionalen Identifikationen ostdeutscher Bürger mit aus dem Osten stammenden Politikern begründet wird (S. 154). Als zweiter Typ werden die Traditionalisten der kommunistischen Plattform identifiziert, bei denen marxistische Strukturvorstellungen dominieren (S. 155). Es bleibt unerfindlich, warum der Verfasser die Elitenentwicklung in den neuen Bundesländern auf die PDS/Linke reduziert und sich dabei auf Ausführungen über deren Mentalität beschränkt, während die Ergebnisse der reichen Forschung über den Elitentransfer aus den alten Bundesländern, die Rekrutierungsbasis der neuen ostdeutschen Eliten und Einstellungsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Eliten noch nicht einmal erwähnt werden.

Die übrigen Teile des Buches zeichnen sich durch eine Aneinanderreihung einer großen Zahl von Einzelaspekten aus, deren innerer Zusammenhang sich nur bedingt erschließt. Damit fehlt dem Buch eine forschungsleitende Fragestellung. Es beschränkt sich auf die Darstellung von Einzelergebnissen, die zwar durchweg mit

dem politischen Transformationsprozess zu tun haben, deren Auswahl jedoch nicht hinreichend begründet wird. Die Kapitel zur Vergangenheitsbewältigung, zur Entwicklung der Massenmedien, zu Elitendebatten über die europäische Integration, zu Populismus, Nationalismus, Korruption, NGOs, rechtsextremen Gruppierungen und Protestkulturen sind nicht in einen theoretischen Zusammenhang eingebettet. Die Beschränkung auf eine kleinere Zahl von Aspekten und der Versuch, unter Bezugnahme auf politikwissenschaftliche Erklärungsansätze zur defekten Demokratie und durch Spezifizierung klarer Kriterien typische Probleme bei der Etablierung eines demokratischen Parteiensystems, eines demokratischen Mediensystems sowie dem Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft zu analysieren, hätten dem Buch gut getan. Korruption und Klientelismus sind schließlich Probleme, mit denen nicht nur die postkommunistischen Demokratien zu kämpfen haben.

Viele der fragwürdigen Interpretationen im Buch sind nicht zuletzt auf das Fehlen eines operational definierten Modells liberaler Demokratie einschließlich überprüfbarer Kriterien für die Beurteilung des Konsolidierungsgrads junger Demokratien zurückzuführen. An vielen Stellen wird deutlich, dass der Verfasser Anhänger einer sehr idealistischen Vorstellung deliberativer Demokratie mit konsensuell orientierten Eliten (*Verständigungseliten*) und einer politisch mobilisierten Bürgerschaft ist. Damit werden parteipolitische Polarisierung und das Streben nach Machterwerb sowie der damit unvermeidlich verbundene Rückgriff auf robuste Methoden der Machterhaltung und polemische Kritik am politischen Gegner als demokratietheoretisch problematisch bewertet. Es liegt auf der Hand, dass bei Anlegung solch anspruchsvoller Kriterien selbst konsolidierte Demokratien starke demokratische Defizite aufweisen. Solche Maßstäbe sind daher nur bedingt geeignet, die Frage nach dem inzwischen erreichten Konsolidierungsgrad der Demokratie in den postkommunistischen Ländern zu beantworten, auch wenn zahlreiche der im Buch beschriebenen Erscheinungen zweifellos gegen demokratische Normen verstoßen.

Empirische Studien, die zu einer optimistischeren Einschätzung der Demokratieentwicklung in den postkommunistischen Ländern kommen, werden vom Verfasser pauschal kritisiert. Dabei gilt seine Kritik jedoch weniger deren wissenschaftlichem Vorgehen als vielmehr ihren Schlussfolgerungen, die ihm zu apologetisch erscheinen. Dies wird besonders im folgenden Zitat deutlich:

„Angesichts der fundamentalen Krisen der politischen Parteien und rapide sinkender Wahlbeteiligungen in den meisten Ländern, Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas scheitern solche flotten Deutungen ... an der Realität.“ (S. 414)

Dabei kann der Verfasser mangels einer Präzisierung von Kriterien und insbesondere auf Grund der Tatsache, dass er sich sehr stark auf die Einschätzungen der befragten politischen Akteure stützt, allerdings seinerseits nicht schlüssig nachweisen, dass seine Interpretation der Realität näher kommt. Denn die befragten Akteure selbst, auf deren Sichtweise sich die Darstellung stützt, tendieren natürlich dazu, parteipolitische Divergenzen zu dramatisieren. Man kann von ihnen daher kaum erwarten, dass sie ein vorteilhaftes Bild ihrer politischen Gegner zeichnen. Eine Beurteilung des Grades konsensorientierter Politik lässt sich demgegenüber nur am tatsächlichen Verhalten der Akteure in den Parlamenten und nicht ausschließlich an ihren subjektiven Einschätzungen festmachen.

Hinzu kommen unzulängliche Erläuterungen zur verwendeten Begrifflichkeit. Viele Begriffe wie Verständigungseliten, Konfrontationseleiten, Milieuparteien, amoralischer Familialismus, Klientelismus und so weiter werden nicht hinreichend definiert und von verwandten Begriffen abgegrenzt. Gleichzeitig werden sie vielfach normativ aufgeladen, was auf Kosten ihrer analytischen Nützlichkeit geht.

Alles in allem schränken die fehlende Auseinandersetzung mit der theoretischen Literatur über demokratische Transformationen, die willkürliche Auswahl der behandelten Einzelaspekte, der Mangel an Berücksichtigung einschlägiger Forschungsergebnisse zu den drei Ländern sowie unzureichend begründete Wertungen den Wert des Werkes ein. Das Buch ist daher lediglich einschlägigen Experten zu empfehlen, die über ein hinreichendes Vorwissen über die Entwicklung in den postkommunistischen Demokratien verfügen und die Wertungen des Verfassers einzuordnen wissen.